

AfD verlangt Abberufung des „Zuwanderung bis zum Volkstod“-Politikers



Wer von Umvolkung spricht, ist ein Fall für den Verfassungsschutz. Wer „Zuwanderung bis zum Volkstod“ fordert, beaufsichtigt ebendiese Behörde. Jedenfalls in Sachsen-Anhalt ist das der Fall. Denn dort ist der „Rechtspolitische Sprecher“ der Grünen, Sebastian Striegel, Mitglied des Ausschusses für die Aufsicht über den Geheimdienst. Der sehnt genau diesen Volkstod herbei. Nicht der erste Ausfall des Antifa-Fans Striegel.

Nun hat die AfD den Tweet aus dem März 2015 entdeckt und verlangt aktuell die Abberufung des Volkstod-Politikers aus dem Verfassungsschutzgremium. Entweder die Abwahl Striegels oder eine Neuwahl fordert der AfD-Fraktionsvorsitzende Oliver Kirchner gegenüber dem Deutschland-Kurier.

Ob die CDU, die in Sachsen-Anhalt mit Grünen und SPD die sogenannte Jamaika-Koalition anführt, den Linksextremisten, der im Landtag auch gerne illegale Hausbesetzungen lobt und sich auch mal bei der Antifa bedankt, fallen lassen wird, darf bezweifelt werden.

Die Merkel-Partei hat mittlerweile selbst ein ungeklärtes Verhältnis zu Linksextremisten. Zumindest seit unter Merkel aus dem Steuertopf mehr als 100 Millionen im Jahr in den Kampf gegen Rechts sprudeln. Nicht allzu selten exakt in die Taschen

linksextremer Vereine.

Für die CDU dürfte es folglich keinen großen Unterschied machen, ob man die Antifa finanziert oder gleich eine Koalition mit Linksextremisten eingeht.